

## AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-487/4/1985

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Entwurf einer Novelle zum Wasserbauten-  
förderungsgesetz 1985; Stellungnahme

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.

Bezug:

Zl. <u>42</u> - GE/9 85	
Datum: 26. AUG. 1985	
Verteilt <u>28. 8. 85</u> <u>Kenz</u>	

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 WIEN

Dr. Klausgruber

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellung-  
nahme des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines  
Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 übermittelt.

Anlagen

Klagenfurt, 1985-08-14

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.



**AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG****Zl.** Verf-487/4/1985**Auskünfte:** Dr. Glantschnig**Betreff:** Entwurf einer Novelle zum Wasserbauten-  
förderungsgesetz 1985;  
Stellungnahme**Telefon:** 0 42 22 - 536**Durchwahl** 30204**Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.****Bezug:**

An das

Bundesministerium für Bauten und Technik

Stubenring 1

1010 WIEN

Zu dem mit do. Schreiben vom 13. Juni 1985, Zl.  
AV 54.431/2-V/4/85, übermittelten Entwurf einer Novelle  
zum Wasserbautenförderungsgesetz, wird seitens des Amtes  
der Kärntner Landesregierung nachfolgende Stellungnahme  
abgegeben:

1. Im § 3 Abs. 1 Z.3 sollten neben Sofortmaßnahmen der Wild-  
bach- und Lawinenverbauung auch schutzwasserbauliche Maß-  
nahmen im Bereich des Flußbaues und auch Abwasserbeseiti-  
gungsanlagen miterfaßt werden.
2. Zu § 17 wird angeregt, einerseits die Darlehenslaufzeit  
bei Abwasserbeseitigungsanlagen auf 80 Halbjahresbeträge  
zu erstrecken und die Konditionen der Darlehenstilgung  
und Verzinsung nicht nur für Seen, sondern auch für Stau-  
seen, Grundwasserschongebiete und Schutzgebiete zur An-  
wendung zu bringen.

- 2 -

3. Zu § 18 wäre zu vermerken, daß damit neuerlich eine Junktimierung in der Weise vorgenommen wird, daß die Gewährung von Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds an die Gewährung von entsprechenden Beiträgen des Landes geknüpft werden soll. Die Länder haben sich in der Vergangenheit stets gegen eine solche indirekte Einflußnahme auf ihre Budgethoheit ausgesprochen, weil über die konkrete Verwendung von Landesmitteln ausschließlich im Verfügungsbereich des Landes entschieden werden soll.
4. Im § 30 Abs. 4 sollte entweder die Frist für die Endabrechnungsvorlage auf zwei Jahre verlängert werden, oder die Bauvollendung erst mit Durchführung der Vermessung angenommen werden. Dies wäre notwendig, um der in der Vergangenheit erhobenen Kritik des Rechnungshofes Rechnung zu tragen.
5. Zum Art. II wäre festzuhalten, daß im Hinblick auf das mit 1. Jänner 1986 geplante Inkrafttreten des Entwurfes eindeutig klarzustellen wäre, daß die hiefür vorgesehene Sonderförderung auch auf Vorhaben Anwendung finden kann, für die die Förderungszusage des Wasserwirtschaftsfonds bereits erteilt wurde und die sich bereits im Bau befinden. Besser wäre jedoch eine Ergänzung des Art. II mit einem eigenen Absatz 4, wonach die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 über Antrag auf noch aushaftende Darlehen ebenfalls anzuwenden wären, wenn auch die Vorhaben bereits baulich abgeschlossen sind.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt werden.

Klagenfurt, 1985-08-14

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.R.d.A.

